

N I E D E R S C H R I F T
über die
öffentliche Sitzung des Gemeinderates
DER STADT ST. GEORGEN IM SCHWARZWALD

Tag: Mittwoch, den 10.12.2025

Ort: Bürgersaal des Bürgerzentrums Roter Löwen, Hauptstraße
18, St. Georgen

Beginn: 16:30 Uhr

Ende: 18:25 Uhr

ANWESEND:

Vorsitzender

Herr Michael Rieger

Ehrenamtliche Mitglieder

Herr Hartmut Breithaupt ab 16.50 Uhr

Frau Kirsten Heinzmann

Herr Bernhard Lobmeier

Herr Kai Noel

Herr Bernd Karsten Rieger

Frau Beate Rodgers

Herr Stefan Rosenfelder

Herr Dirk Schmider

Herr Lothar Schwarz

Herr Markus Schwarzwälder

Herr Ernst Laufer

Herr Oliver Freischlader

Herr Guido Santalucia

Frau Karola Erchinger

Herr Gerd Haas

Frau Hedwig König

Herr Dr. Jörg Zimmermann ab 18.00 Uhr

Herr Jochen Bäsch

Herr Andre Müller ab 16.40 Uhr

Herr Georg Wentz

Sachkundige Einwohner

Herr Franz Günter

Herr Joachim Kieninger

Herr Klaus Lauble

Herr Leon Langer

Ortsvorsteher Oberkirnach

Vertreter des Stockwalds

Ortsvorsteher Peterzell

Jugendgemeinderat

Beamte, Sachverständige usw.

Frau Blanka Amann

Herr Giovanni Costantino

Herr Philipp Strumberger

Herr Alexander Tröndle

Schriftführer

Frau Nicole Dorer

ABWESEND:**Ehrenamtliche Mitglieder**

Herr Peter Fichter

entschuldigt

Herr Hans-Peter Rieckmann

entschuldigt

Beamte, Sachverständige usw.

Frau Tabea Epting

entschuldigt

Zu Beginn der Sitzung stellt der Vorsitzende fest:

1. Das Gremium ist durch Ladung vom 01.12.2025 ordnungsgemäß einberufen worden.
2. Das Gremium ist beschlussfähig.

1 Fragestunde für Einwohner

Protokoll:

- a) Anfeindungen gegen die Verwaltung
Frau Monika Lang möchte zu dem Artikel im Schwarzwälder Bote, in dem Bürgermeister Rieger über Anfeindungen und anonyme Kritik über die sozialen Medien spricht, ihren Zuspruch äußern. Auch sie haben schon schlimme Dinge erlebt und möchte Herrn Rieger Mut zusprechen.
Bürgermeister Rieger bedankt sich für die Worte. Er betont, dass er zu 99 % gute Gespräche führe. Allerdings seien für ihn die Anonymen falsche Menschen. Jeder könne zu ihm kommen. Er habe für alle offene Türen. Er wünsche sich, dass man es in St. Georgen gemeinsam gut miteinander hinbekommen werde und dass sich alles wieder beruhige.
- b) Parkplatz Kirche Langenschiltach
Herr Stefan Klausmann spricht für die ev. Kirchengemeinde Peterzell-Langenschiltach und fragt an, wie weit die Planungen zum Parkplatz an der Kirche in Langenschiltach seien.

Stadtbaumeister Tröndle antwortet, im Haushalt seien Mittel für einen Grunderwerb vorgesehen. Allerdings sei die Stelle der Liegenschaften aktuell nicht besetzt gewesen. Frau Calmez wird diese Stelle übernehmen und demnächst auf die Kirche wegen der Gestaltung des Parkplatzes zu kommen.

2 Bekanntgaben, Verschiedenes

Protokoll:

Bürgermeister Rieger spricht im Namen der Stadtmusik eine Einladung zum Adventskonzert am kommenden Sonntag, 14.12.25, 15.30 Uhr, in der Stadthalle aus.

3 Bekanntgabe der Beschlüsse aus der nicht öffentlichen Sitzung vom 26.11.2024

Protokoll:

Der Gemeinderat hat der Vergabe der Planungsleistungen für die technische Ausrüstung an der Rupertsbergschule und Sommerrainschule zugestimmt.

4 Rathausanierung - Vergabe der Betonsanierungsarbeiten
Vorlage: 134/25

Protokoll:

Stadtbaumeister Tröndle zeigt ein Foto aus der Tiefgarage im Rathaus. Hierfür sollten die Betonsanierungsarbeiten vergeben werden. Die Arbeiten liefen ähnlich den in der Tiefgarage Stadtmitte ab. Es müssten ebenso Stützen freigeschossen werden. Es müsse eine neue Bodenplatte gelegt werden und Abdichtungsarbeiten seien notwendig. Es bestehe nach wie vor die Wasserproblematik, aber es werde davon ausgegangen, dass mit Abschluss der Abdichtungsarbeiten diese größtenteils in den Griff bekommen werden. Die vorhanden Bauteilfuge schein das Problem auszulösen. Herr Tröndle erläutert das offene Verfahren zur Ausschreibung. Am 12.11.25 habe die Submission stattgefunden und die Vergabegespräche hätten bereits stattgefunden. Der günstigste Bieter liege ca. 900.000 Euro unter dem Kostenanschlag.

Beschluss:

Im Zuge der Rathausanierung erhält den Auftrag für das Gewerk Betoninstandsetzung die Firma Geiger Bauwerksanierung GmbH & Co.KG, Raiffeisenstraße 16, 70794 Filderstadt in Höhe von 2.253.184,63 € brutto.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 19

Ablehnung: ./.

Enthaltung: ./.

5 Sanierung Robert-Gerwig-Schule -
Vergabe von Metallbauarbeiten für die geforderten Sofortmaßnahmen
Vorlage: 133/25

Protokoll:

Stadtbaumeister Tröndle berichtet, es stünden Sanierungsarbeiten in der Robert-Gerwig-Schule an. Das Landratsamt habe allerdings Sofortmaßnahmen im Bereich Brandschutz gefordert. Z.B. müssten Türen in T-30-Türen getauscht und Oberschließer angebracht werden.

Der günstigste Bieter liege über 100.000 Euro unter dem Kostenvoranschlag. Für das bepreiste Leistungsverzeichnis seien Preise von vor zwei bis drei Jahren angenommen worden. Eine Entspannung am Markt sei deutlich spürbar.

Bürgermeister Rieger betont, seit dem Jahr 2019 sei die Verwaltung bereits in der Planung zu den Sanierungsarbeiten. Für 2026 und 2027 seien

Maßnahmen in Höhe von 8,1 Mio. Euro vorgesehen

Stadtrat Freischlader fragt an, ob die Maßnahmen während des Schulbetriebs ausgeführt werden könnten.

Stadtbaumeister Tröndle antwortet, hauptsächlich würden die Arbeiten in den Fasnetsferien erfolgen. Ganz ohne Arbeiten während des Schulbetriebs werde es aber nicht funktionieren.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Umsetzung der mit dem Landratsamt vereinbarten Sofortmaßnahmen zu.

Den Auftrag erhält die Firma HEWE Glas- und Metallbau GmbH, Archimedesstraße 3, 77933 Lahr in Höhe von 116.000 € brutto.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 20

Ablehnung: ./.

Enthaltung: ./.

**6 Baumaßnahme Sanierung Hans-Thoma- und Hasemannstraße, Wasser-, Gasversorgung, Kanalisation:
Vergabe der Erd-, Tief- und Straßenbauarbeiten
Vorlage: 135/25**

Protokoll:

Stadtbaumeister Tröndle erläutert anhand eines Plans die geplante Baumaßnahme in der Hans-Thoma-Straße und Hasemannstraße. Die Baumaßnahme sei in zwei oder evtl. drei Teilabschnitte geteilt. Es solle ein Vollausbau der Straße erfolgen. Bei der Maßnahme werden verschiedene Versorgungsleitungen wie Glasfaser, Strom und Gas mitverlegt. Die Fertigstellung sei zum Jahresende 2026 geplant.

Bürgermeister Rieger erklärt zu den recht günstigen Preisen gegenüber dem Kostenanschlag, dass die Kostenberechnung anhand der Preise von vor zwei oder drei Jahren erfolgt sei. Nun zeige sich eine Entspannung am Markt. Hinzu komme die zeitlich frühe Ausschreibungszeit.

Stadtrat Laufer erkundigt sich, ob ein Trennsystem bei der Abwasserentsorgung geplant sei.

Stadtbaumeister Tröndle verneint. Es mache mitten in der Stadt keinen Sinn, wenn drumherum auch kein Trennsystem vorhanden sei. Bei Neubaugebieten sei es immer vorgesehen, ein Trennsystem zu bauen. Hier handle es sich um eine Insellösung.

Stadtrat Laufer ist der Meinung, irgendwann müsse man anfangen, auf Trennsystem umzustellen. Mit dieser Baumaßnahme sei man nahe an der Brigach und die Möglichkeit bestünde.

Stadtrat Lobmeier möchte wissen, ob seitens der EGT ein Fernwärmenetz vorgesehen sei.

Stadtbaumeister Tröndle verneint. Man sei derzeit in der Abstimmung mit der EGT. Die EGT werde bei den Maßnahmen beteiligt, hierfür seien keine Anzeichen für eine Fernwärmeleitung erfolgt.

Bürgermeister Rieger verweist auf die Bürgerinformationsveranstaltung am 15.12.25 in der Stadthalle. Dort werde die EGT ihre Planung vorstellen.

Stadtrat Freischlader fragt nach, warum im nördlichen Bereich nur der Weg nach links mitgeplant werde. Nach rechts führe ebenfalls ein Weg, der eine Sanierung nötig habe.

Stadtbaumeister Tröndle erklärt, in diesem Bereich lägen keine Leitungen. Er fragt nach, ob die Oberfläche evtl. mitsaniert werde.

Beschluss:

Aufgrund der Vorlage beschließt der Gemeinderat der Stadt St. Georgen die Vergabe der Erd-, Tief- und Straßenbauarbeiten für die Wasserversorgung, Kanalisation, Straßenbau sowie Straßenbeleuchtung für die Baumaßnahme Sanierung Hans-Thoma- und Hasemannstraße an die Firma Walter Straßenbau KG, 78647 Trossingen, zum Angebotspreis von:

Anteil Wasserversorgung und Wasserhausanschlüsse			
brutto	77.718,84 €		
Anteil Straßenbau		brutto	405.825,17 €
Anteil Kanalbau		brutto	251.575,33 €
Anteil Straßenbeleuchtung		brutto	13.999,68 €

Gesamtsumme		brutto	749.119,02 €

zu vergeben.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 20

Ablehnung: ./.

Enthaltung: ./.

7 Schließung eines neuen Kooperationsvertrages zwischen der Stadt St. Georgen und der Hochschwarzwald-Tourismus GmbH
Vorlage: 127/25

Protokoll:

Bürgermeister Rieger erläutert die Vorlage. Der Kooperationsvertrag mit der HTG bestehe seit dem Jahr 2020 und der Beitritt sei Wunsch der Mitglieder aus dem Ferienland gewesen. Der neue Vertrag solle ab 01.01.26 gelten und sei bereits durch alle Gremien. Er solle fünf Jahre laufen und die Kosten für St. Georgen würden durch den neuen Vertrag sinken. Herr Schreib, der Geschäftsführer der HTG, habe sich dem Gremium bereits in der Oktober-Sitzung vorgestellt

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Schließung des neuen Kooperationsvertrags mit der Hochschwarzwald Tourismus GmbH zu.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 20
Ablehnung: ./.
Enthaltung: ./.

8 Öffentlich-rechtlicher Vertrag auf dem Gebiet Feuerwehrwesen zur Regelung der Überlandhilfe im Bereich der Tunnel im Kinzig- und Gutachtal
Vorlage: 126/25

Protokoll:

Bürgermeister Rieger informiert, es gehe um die Kostenregelung bei Überlandhilfen im Bereich des Feuerwehrwesens.

Herr Strumberger erläutert die Vorlage. St. Georgen sei im Tunnelverband. Der öffentlich-rechtliche Vertrag erstreckte sich über Straßen- und Eisenbahntunnel. Bei einem Schadensfeuer seien die Einsätze kostenfrei. Die Lohnfortzahlung sei im Feuerwehrgesetz verankert. Bei den Einsätzen zur Überlandhilfe würde die Wehr die Kosten tragen, die den Einsatz angefordert hätten.

Stadtrat Freischlader freut sich über das schöne Beispiel von interkommunaler Zusammenarbeit und würde diese auch in weiteren Bereichen in der Verwaltung begrüßen.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt dem Abschluss des Überlandhilfevertrags im Bereich der Straßen- und Eisenbahntunnelanlagen mit den Gemeinden Schiltach, Schen-

kenzell, Wolfach, Hausach, Hornberg, Triberg und Schramberg zu.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 20

Ablehnung: ./.

Enthaltung: ./.

9 Änderung der Wasserversorgungssatzung
Vorlage: 131/25

Protokoll:

Kämmerin Amann führt aus, die aktuellen Entwicklungen zur Preisangabenverordnung machten eine Anpassung der Wasserversorgungssatzung notwendig.

Bislang habe das Satzungsmuster die Festsetzung von Nettogebührensätzen vorgesehen. Der Gemeindetag empfehle entsprechend der Preisangabenverordnung, die Entgelte auch als Gesamtpreis auszuweisen (einschließlich Umsatzsteuer). Hinzu komme, dass künftig die Beträge mit vier Nachkommastellen ausgewiesen werden müssten.

Außerdem werde der Hinweis zur gesetzlich geschuldeten Mehrwertsteuer bei den entsprechenden Paragraphen ausdrücklich erwähnt. Deshalb werde die Wasserversorgungssatzung nach dem neuen Satzungsmuster des Gemeindetages zum 01.01.2026 angepasst.

Stadtrat Rieger erwähnt, ihm sei aufgefallen, dass nicht immer die gleichen Beträge aufgeführt seien.

Kämmerin Amann antwortet, dazu könne sie nichts sagen. Die Satzung entspreche der Mustersatzung des Gemeindetags.

Ortsvorsteher Lauble, Peterzell, erwähnt, in der gestrigen Sitzung aller Ortsteile hätten der Wasserversorgungssatzung die Ortschaftsräte mehrheitlich zugestimmt.

Beschluss:

1. Die als Anlage angeschlossene

Satzung
zur Änderung der Satzung über den Anschluss
an die öffentliche Wasserversorgungsanlage
und die Versorgung der Grundstücke mit Wasser
(Wasserversorgungssatzung - WVS -)

wird erlassen.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Änderungssatzung gem. § 4 Abs. 3 GemO öffentlich bekannt zu machen und der Rechtsaufsichtsbehörde anzuzeigen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 20
 Ablehnung: ./.
 Enthaltung: ./.

10 Änderung der Abwassersatzung - Anpassung der Abwassergebühren
Vorlage: 128/25

Protokoll:

Bürgermeister Rieger begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Fritz vom Büro Heyder + Partner aus Tübingen.

Kämmerin Amann erläutert, Rücklagen aus Gebührenüberschüsse aus den Vorjahren seien im Bereich Schmutzwasser keine mehr vorhanden, diese wurden mit dem Jahresergebnis 2020 aufgebraucht. Aus dem Jahr 2023 gebe es noch einen Fehlbetrag von 95.271,95 € und aus 2024 einen Fehlbetrag von 296.603,77 €. Die Verwaltung schlage vor, den Fehlbetrag von 2023 in die Kalkulation mit einzurechnen.

Für das Niederschlagswasser wurden 2024 die Rücklagen neu berechnet. Aus dem Jahr 2021 bestünde noch eine Rücklage in Höhe von 37.532,12 €, aus 2022 19.845,36 €, aus 2023 14.101,86 € und aus 2024 24.345,03 €, insgesamt 95.824,34 €. Die Rücklage aus 2021 müsse in 2026 aufgelöst werden.

Herr Fritz erläutert, er habe die Gebührenkalkulation für die zentrale Schmutzwasserbeseitigung/Niederschlagswasserbeseitigung sowie für die dezentrale Schmutzwasserbeseitigung durchgeführt. Als Grundlage für die Kalkulation nennt er das Kommunalabgabengesetz Baden-Württemberg, in dem unter § 14 die verschiedenen Bereiche dargelegt seien. Zur Kalkulation wurden die ansatzfähigen Kosten laut Haushaltsplan der Stadt St. Georgen zugrunde gelegt. Anhand der Bemessungsgrundlage wurde die kostendeckende Gebühr berechnet. Die Stadt dürfe durch die Abwassergebühr keine Gewinne erwirtschaften, müsse aber eine Kostendeckung anstreben.

Von den Betriebs- und Verwaltungskosten, wie Unterhaltungs- und Bewirtschaftungskosten, Personalaufwendungen usw. würden die laufenden Einnahmen, wie Kostenersätze, Einnahmen aus Zählergebühren und Grundgebühren usw., abgezogen. Dies ergebe den gebührenfähigen Aufwand. Dieser werde durch die Bemessungseinheiten (Schmutzwassermenge, versiegelte Flächen, Wassermenge) geteilt und ergebe den kostendeckenden Gebührensatz.

Bei der zentralen Schmutzwassergebühren wurden laut Haushalt 1.270.861,54 Euro angesetzt. Hinzugerechnet wurden die kalkulatorischen

Kosten in Höhe von 201.840,58 Euro sowie die kalkulatorischen Zinsen von 39.448,29 Euro, was einen gebührenfähigen Aufwand in Höhe von 1.512.150,42 Euro ergebe. Als Bemessungsgrundlage wurde eine prognostizierte Schmutzwassermenge in Höhe von 541.000 m³ zugrunde gelegt. Daher ergebe sich ein kostendeckender Gebührensatz in Höhe von 2,79 Euro/m³. Der Ausgleich der Unterdeckung aus den Vorjahren ergebe 0,18 Euro/m³, der noch hinzugerechnet werden müsse. So entstehe eine Gebührensatz in Höhe von 2,97 Euro/m³.

Für die Niederschlagswasserbeseitigung werde die versiegelte Fläche zugrunde gelegt. Hier wurde laut Haushaltsplan Betriebs- und Verwaltungskosten netto in Höhe von 239.269,36 Euro angesetzt. Mit Abschreibungen und Verzinsung ergebe sich ein gebührenfähiger Aufwand in Höhe von 372.212,31 Euro. Die prognostizierte versiegelte Fläche betrage 850.000 m². Somit ergebe sich ein kostendeckender Gebührensatz von 0,43 Euro/m². Die Überdeckung der Vorjahre müsse ausgeglichen werden und somit ergebe sich ein Gebührensatz in Höhe von 0,39 Euro/m².

Kämmerin Amann zeigt den Vergleich der Wasser- und Abwassergebühren mit den umliegenden Städten und Gemeinden auf.

Stadtrat Rieger möchte wissen, ob es vorgeschrieben sei, ein Fachbüro mit der Kalkulation zu beauftragen oder ob diese auch von der Verwaltung selbst geleistet werden könne.

Herr Fritz erklärt, es sei nicht vorgeschrieben, viele Kommunen würden auch selber kalkulieren.

Kämmerin Amann führt aus, bisher seien die Kalkulationen selbst durchgeführt worden. Es sei allerdings sinnvoll, zu gegebener Zeit ein Büro damit zu beauftragen, da es immer wieder doch auch andere Systeme gebe und dann wieder auf einem richtigen Schnitt aufgesetzt werden könne. Im nächsten Jahr werde die Kalkulation wieder durch die Kämmerei erfolgen.

Ortsvorsteher Lauble, Peterzell, erwähnt, in der gestrigen Sitzung aller Ortsteile hätten der Vorlage die Ortschaftsräte mehrheitlich zugestimmt.

Beschluss:

1. Grundlage für die Ermittlung der Gebührensätze sind die Ausführungen in der Vorlage.
2. Den in der angeschlossenen Gebührenkalkulation vorgeschlagenen Berechnungsgrundlagen und -arten wird zugestimmt.
3. Die Abwassergebühren werden ab dem 01.01.2026 wie folgt geändert:
 - a) die Schmutzwassergebühr von bisher 2,46 €/m³ um 0,51 €/m³ auf 2,97 €/m³
 - b) die Niederschlagswassergebühr von bisher 0,32 €/m² um 0,07 €/m²

auf 0,39 €/m² €

c) die Gebühr für sonstige Einleitungen von bisher 30,00 €/m³ auf 19,54 €/m³.

4. Die als Anlage angeschlossene
Satzung
zur Änderung der Satzung über die öffentliche
Abwasserbeseitigung (Abwassersatzung – AbwS -)
wird erlassen

5. Die Verwaltung wird beauftragt, die Satzung gem. § 4 Abs. 3 GemO öffentlich bekannt zu machen und der Rechtsaufsichtsbehörde anzuzeigen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 20

Ablehnung: ./.

Enthaltung: ./.

11 Entsorgung von Kleinkläranlagen und geschlossenen Gruben; Erhöhung der Entsorgungsgebühren ab 01.01.2026 Vorlage: 129/25

Protokoll:

Kämmerin Amann erklärt, diese Satzung gelte für Höfe und Gebäude, die nicht an die Kanalisation angeschlossen sind. Die Preise seien unterschiedlich, da das Abwasser der geschlossenen Gruben komplett eingetragener Weise, das Wasser aus Kleinkläranlagen würde vorab gesäubert.

Ortsvorsteher Lauble, Peterzell, fragt nach, wie viele Gruben und Kleinkläranlagen es noch in St. Georgen gebe.

Kämmerin Amann informiert, es würden noch 39 Kleinkläranlagen und 15 geschlossene Gruben betrieben.

Bürgermeister Rieger fragt nach Fragen und Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt aus dem Gremium. Dies ist nicht der Fall.

Ortsvorsteher Lauble, Peterzell, erwähnt, in der gestrigen Sitzung aller Ortsteile hätten der Vorlage die Ortschaftsräte mehrheitlich zugestimmt.

Beschluss:

1. Die Gebühren für die Entsorgung von Kleinkläranlagen und geschlossenen Gruben werden ab dem Jahr 2026 neu festgesetzt.

2. Die der Sitzungsvorlage angeschlossene
Satzung
zur Änderung der Satzung
über die Entsorgung von Kleinkläranlagen und geschlossenen Gruben
(Entsorgungssatzung)
wird mit Wirkung vom 1. Januar 2026 erlassen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Satzung gem. § 4 Abs. 3 GemO
öffentlich bekannt zu machen und der Rechtsaufsichtsbehörde an-
zuzeigen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 20

Ablehnung: ./.

Enthaltung: ./.

12 Haushaltsplan 2026; 2. Beratung und Beschlussfassung

Protokoll:

Bürgermeister Rieger bittet die Fraktionsvorsitzenden um die jeweiligen
Haushaltsreden zum Haushalt 2026.

Stadträtin Erchinger spricht für die Fraktion der Freien Wähler.

„Haushaltsrede am 10.12.2025 für die Freien Wähler“

Fraktionssprecherin Karola Erchinger
Haushaltsjahr 2026

Sehr geehrter Herr BGM Rieger,
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Rathauses,
sehr geehrte Mitglieder der Presse,
liebe Kolleginnen und Kollegen und Vertreter des JGR´s,
meine sehr verehrten Damen und Herren.

Wir beraten heute abschließend den Haushalt für das kommende Jahr –
ein Haushalt, der solide geplant ist und im Ergebnis ausgeglichen. Herr
Rieger stellte seine Haushalts-Rede unter das Motto: Zuversicht und Mut.
Und das sollten wir alle haben; Verwaltung, Gemeinderat und unsere Bür-
ger!

In Zeiten steigender Kosten, z.B. bei Energie und Bauen, globaler Unsicherheiten und zunehmender Belastung der Kommunen ist ein ausgeglichener Haushalt alles andere als selbstverständlich. Wir Freien Wähler haben uns immer zusammen mit unseren Kollegen hier im Gemeinderat und der Verwaltung dafür eingesetzt:

- dass St. Georgen wirtschaftlich solide bleibt,
- dass wir verantwortungsvoll und vernünftig haushalten

- und dass wir keine Versprechen machen, die finanziell nicht zu halten sind.

Der nun vorliegende Haushalt zeigt: wir haben gemeinsam die richtigen Entscheidungen getroffen!

Nicht jeder Wunsch konnte erfüllt werden, da wir die Handlungsfähigkeit der Stadt und ihrer Verwaltung im Auge behalten müssen.

Ein besonders wichtiges Projekt, das den Haushalt prägt, ist die Sanierung unseres Rathauses. Diese Maßnahme ist nicht nur notwendig, sie ist zwingend!

- Das Gebäude ist baulich und technisch in die Jahre gekommen
- Die energetischen Anforderungen können nicht mehr erfüllt werden
- Und ein modernes Rathaus braucht zeitgemäße Arbeitsbedingen – für Verwaltung und Bürgerschaft

Für uns Freie Wähler ist klar: diese Sanierung ist eine Investition in die Zukunft unserer Stadt.

Gleichzeitig fordern wir, dass sie

- sorgfältig geplant
- transparent kommuniziert und
- kostendiszipliniert umgesetzt wird.

Ein saniertes Rathaus ist kein Luxus!!!Es ist die Voraussetzung für einen funktionierenden Bürgerservice und eine moderne und effiziente Verwaltung.

Neben der Rathaussanierung stehen weitere Zukunftsaufgaben an.

Z.B.:

- die Elektrosanierung der RGS und die Ertüchtigung des Brandschutzes: hier investieren wir die nächsten Jahre insgesamt 8 Mio €.
- Kläranlage und Kanäle: hier investieren wir über 4 Mio €
- an der Rupertsbergschule steht ebenfalls die Elektrosanierung mit ~800.000€ an.

Wichtig ist uns außerdem der Ausbau der Ganztageschule an der RGS, die Schulsozialarbeit und die geplante offene Ganztagesbetreuung am TSG.

Und wir werden im nächsten Jahr in die ersten Gespräche und Planungen für die Sanierung des Bildungszentrums auf dem Rossberg einsteigen.

Außerdem investieren wir nach wie vor in die Breitbandversorgung und die Photovoltaik.

Ebenfalls eine wichtige Zukunftsaufgabe ist die Überlegung, wie gestalten wir Nahwärmekonzepte – denn die Energiepreise werden weiter steigen!

Wir stimmen der von der Verwaltung vorgeschlagenen Vorgehensweise zu, die Kreditermächtigungen im Haushalt zu belassen, aber die uns zustehenden 7,2 Mio für die nächsten 12 Jahre aus dem „Kommunalinfrastrukturfinanzierungsgesetz“ so bald wie möglich abzurufen, um damit die Elektro- und Brandschutzsanierung der RGS zu finanzieren.

Ebenfalls stimmen wir der Planungsrate i.H. von 150.000€ für die Erweiterung des Feuerwehrhauses zu, sowie der Ersatzbeschaffung des Schlauchwagens SW 1000.

Auch bei den Stadtwerken stehen Investitionen 2026 an:

Im Bereich Wasserversorgung: 1,6 Mio
Photovoltaik: 750.000€
Sanierung Rathaus Tiefgarage: 4,2 Mio
Breitband: 1,3 Mio

Auch diesen stimmen wir zu!

In Absprache mit den anderen Fraktionen möchten wir dem Wunsch einer Unterstützung für den Bergstadtsommer i.H. von 5.000€ entsprechen und bitten um Aufnahme in den Haushaltsplan. Der Bergstadtsommer erfreut sich großer Beliebtheit und wir unterstützen dies für unsere Bürger gerne. Außerdem stellen wir den Antrag, ebenfalls gemeinsam mit den anderen Fraktionen, für die Planung eines „Ort des Gedenkens“ i. H. von 5.000€ für die Projektgruppe „Das Dritte Reich und Wir“ im Haushalt einzustellen.

Auch wenn nichts in der Zukunft sicher ist, bleiben wir hoffnungsvoll; das ist viel besser, als pessimistisch zu sein!!!

In diesem Sinne bedanken wir Freien Wähler uns bei Ihnen, Herr Rieger und der gesamten Stadtverwaltung, für Ihre engagierte Arbeit und den täglichen Einsatz zum Wohle unserer Stadt und seiner Bürger.

Danke an unseren Bauhof! Ob Winterdienst, Blumen oder Sauberkeit – Ihr sorgt dafür, dass es bei uns schön und sicher bleibt. Wir wissen euren Einsatz sehr zu schätzen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich danke Euch für Euren Einsatz, eure Fairness und die stets konstruktive Zusammenarbeit hier im Gremium.

Gemeinsam können wir viel bewegen!

Meine Fraktionskollegen und ich wünschen allen eine erholsame Weihnachtszeit im Kreis der Familie und einen guten Jahresbeginn 2026.

Vielen Dank!“

Stadtrat Laufer spricht für die Fraktion der CDU.

„CDU-Fraktion, Gemeinderat St. Georgen im Schwarzwald – Haushaltsrede zum Haushaltsplan 2026 – St. Georgen, 10.12.2025

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Rieger, sehr geehrte Amtsleiterinnen und Amtsleiter, sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung, Vertreter der Presse, liebe Gäste. Werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats und Jugendgemeinderats.

Als CDU-Fraktion sehen wir den Gemeinderat in der Pflicht, den Haushalt so zu planen, dass

- er generationengerecht und nachhaltig ist
- gesetzliche Vorgaben der Gemeindeordnung (§ 77 ff.) eingehalten werden
- Genehmigungsfähigkeit durch die Kommunalaufsicht gegeben ist
- die Voraussetzungen für notwendige Kreditaufnahmen für die zu finanzierenden Investitionen erfüllt sind

-
- und die jederzeitige Liquidität sichergestellt ist.

Besonderes Augenmerk legen wir deshalb auf unseren Ergebnishaushalt, der quasi unseren laufenden Betrieb darstellt.

Der zunächst von der Verwaltung eingebrachte Haushaltsentwurf 2026 mit einem negativen ordentlichen Ergebnis in Höhe von -1.085.278 Euro – trotz Sparklausur – hatte die vorgenannten Maximen nicht erfüllt. In weiteren Beratungen zwischen Verwaltung und Gemeinderat ist es schließlich gelungen, heute einen Haushalt vorzulegen, mit einem Ergebnisplus von rund 130.000 Euro. Dies bedeutet, dass wir 2026 im laufenden Betrieb mit unseren laufenden Erträgen klarkommen. Es ist uns darüber hinaus sogar gelungen, wichtige Projekte auf den Weg zu bringen. Das ist unseres Erachtens ein klarer Erfolg. Darum werden wir von der CDU-Fraktion diesem Haushaltsplan 2026 gerne zustimmen.

Dass dies gelungen ist, dafür möchten wir der Verwaltung und allen Kollegen/innen des Gemeinderats unseren ausdrücklichen Dank aussprechen. Dies insbesondere vor dem Hintergrund

- Der allgemein schwachen Konjunktur und Wirtschaftslage
- Der ohnehin schon überbelasteten Kommunal финанzen. Denn: Unser Staatsrecht (Grundgesetz Artikel 104a) bestimmt mit dem Konnexitätsprinzip, dass der, der bestellt auch bezahlen soll. Was aber von der großen Politik leider schon länger ignoriert wird
- Dem Vergleich mit anderen Kommunen, von denen sich die meisten derzeit schwer tun, ausgeglichene Haushalte vorzulegen.

Mit Blick auf die mittelfristige Finanzplanung 2027 – 2029, die mit negativen Ergebnissen in Höhe von 2 – 3,5 Mio. Euro rechnet, dürfen wir die Hände aber nicht in den Schoß legen. Vielmehr müssen wir weiterhin alle zumutbaren Anstrengungen unternehmen, auch in Zukunft für ausgeglichene Haushalte zu sorgen.

Insgesamt sind wir davon überzeugt, dass uns die Erstellung eines ausgewogenen Haushalts gelungen ist. Er wird dem Großteil unserer Bürgerschaft gerecht, vergisst und benachteiligt niemanden.

Zusammenfassend wollen wir somit festhalten:

In diesen herausfordernden Zeiten einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen zu können, ist keineswegs selbstverständlich. Gemeinsam haben wir in unserer Stadt schon viel erreicht. Unsere Stadt braucht sich im Vergleich mit anderen Kommunen nicht zu verstecken und kann stolz sein auf das Erreichte! Lasst uns deshalb weiterhin mutig und zuversichtlich in die Zukunft blicken.

Herzlichen Dank! Ihre CDU-Fraktion“

Stadtrat Freischlader spricht für die Fraktion der SPD.

„Haushaltsrede 2026

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, Damen und Herren der Verwaltung, Vertreter*innen der Presse, sehr geehrte Mitbürger*innen, Vertreter*innen des Jugendgemeinderats, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats.

Zunächst möchte ich mich im Namen der SPD-Fraktion bei der Kämmerei, Frau Amann und ihren Mitarbeiter*innen, für die, wie immer sehr gelungene Darstellung unserer finanziellen Situation, bedanken. Ein Haushalt in unsicheren Zeiten - so könnte die Überschrift über diesen Haushalt sein. Weiter tobt ein Abnutzungskrieg in Europa, die Autokraten aus Moskau und Peking und ihr selbst ernannter Kumpel aus Washington, versuchen die Welt zu bestimmen und treten dabei die ihnen unbequeme Ordnung aus gegenseitigem Respekt, Kooperation und vor allem friedlichem Umgang miteinander, mit Füßen. 2 Das führt für alle zu wirtschaftlichen Problemen mit Inflation, Verlust von Arbeitsplätzen und Materialknappheit und diese Probleme ziehen sich dann durch sogar bis in die kommunalen Finanzen, also auch bis in den vorliegenden Plan.

All das sollte für jeden Einzelnen und für uns als Stadt allerdings kein Anlass sein zu resignieren, sondern wir alle sollten, nach unseren Möglichkeiten, versuchen zu einem weiter stabilen Miteinander beizutragen. Der vorliegende Plan erfüllt dieses Ziel - im Rahmen unserer Möglichkeiten als Stadt mit etwas mehr als 13.000 Einwohnern -vollumfänglich und die SPD-Fraktion stimmt dem Haushalt deshalb gerne zu. Wir als Stadt St. Georgen stellen uns mit der vorliegenden Planung unserer Verantwortung und sichern mit Investitionen aus dem städtischen Haushalt und dem Haushalt der Stadtwerke von zirka 30 Millionen Euro Arbeitsplätze und Wachstum in der Region.

Zum Vergleich investiert der Schwarzwald-Baar-Kreis, bei einem 10 mal größerem Haushaltsvolumen, nur 15 Millionen und das geplant vollständig mit Krediten, während wir es immerhin noch schaffen einen erheblichen Teil unserer Investitionen selbst und aus Zuschüssen zu bezahlen. Natürlich sprechen wir heute auch über einen Haushalt mit erneuter Kreditaufnahme. Das ist – auch wenn es vielen Kommunen ähnlich geht – nicht erfreulich. Aber: Wir geben kein Geld aus, das einfach „verbraucht“ wird. Wir investieren, wir schaffen Werte. Werte durch den Ausbau der Breitbandversorgung, die Erneuerung und Erweiterung 3 unserer Schulen, eine verlässliche Wasserver- und -entsorgung, sanierte Straßen, eigene Energieproduktion, Energiesparmaßnahmen und vor allem eine sanierte Innenstadt, in der – entgegen dem Trend – sogar günstig geparkt werden kann. Mit dem dann faktisch völlig neuen Rathaus, schaffen wir nicht nur ein Haus für die Verwaltung, wir schaffen die räumlichen Voraussetzungen für ein noch besser funktionierendes Bürgerbüro, damit wir als Bürger unsere Anliegen leichter erledigen können und mit der neuen Bibliothek schaffen wir einen Ort für uns alle. Ob beim Zeitungslesen mit einem Kaffee, beim „Zocken“ an elektronischen Medien oder bei der klassischen Medienausleihe sie bietet einen Treffpunkt für alle Bürger*innen, einen Raum Kultur zu erleben und zu gestalten und das für 7 Tage die Woche und auch am Abend. Nach dem endgültigen Abschluss der Innenstadtsanierung, wohl zu Beginn des Jahres 2028 haben wir mit Marktpatz, Rathausplatz und der umgestalteten oberen Gerwigstraße wieder eine Stadtmitte, in der sich

unsere Bürger wohlfühlen können und die auch für Einpendler und potentielle Neubürger attraktiv ist. Sie wird endlich wieder zu einem Treffpunkt, ob für ein Eis auf dem Marktplatz, den Gang zum Markt, zum Amt, zum Arzt oder für eine Pause während des Einkaufs.

Wir schaffen damit eine wichtige Voraussetzung für die Zukunft unserer Stadt, denn letztlich haben nur 4 attraktive und lebenswerte Städte eine Perspektive und ein Stadtbild leidet unter einer Vernachlässigung der städtischen Infrastruktur, die in St. Georgen dann endlich behoben ist und nicht unter Menschen, wie unser Kanzler wohl meint. Unter diesen Voraussetzungen sind Schulden auch kein Makel, solange Zins und Tilgung erwirtschaftet werden können. Außerdem haben wir es mit einer gemeinsamen Anstrengung geschafft den Ergebnishaushalt erneut ausgeglichen zu gestalten. Dies ist für die zukünftige Handlungsfähigkeit unserer Stadt wichtig und bei weitem nicht mehr allen Kommunen möglich. Leider war es auch nötig einige Eintrittsgelder und Gebühren zu erhöhen, was für die Bürger*innen natürlich nicht schön ist. Erhöhungen nach vielen Jahren und in noch zurückhaltendem Ausmaß sind aber unerlässlich, denn auch die Kosten der Stadt steigen natürlich und bevor wir die über zusätzliche Verschuldung an die Allgemeinheit weitergeben, müssen wir es auf die Nutzer*innen der Einrichtungen und Dienstleistungen umlegen.

Ähnlich verhält es sich mit den zwei beschlossenen Erhöhungen von sogenannten Lenkungssteuern. Die Vergnügungssteuer wollen wir so ausgestalten, dass nicht immer mehr Automatenkasinos in der Stadt eröffnen und die Hundesteuer soll zumindest einen erheblichen Beitrag zu den Kosten leisten, die der Allgemeinheit durch Hunde verursacht werden. Da es sich um eine Steuer 5 handelt und nicht um eine Abgabe sind wir ja wenigstens nicht gezwungen sämtliche Kosten alleine auf die Hundebesitzer*innen umzulegen, sondern können die soziale Komponente der Tiere anerkennen und einen Teil der Kosten weiterhin als Gemeinschaft tragen. Ein Wort zu den Vorwürfen, wir würden „das Geld für die falschen Dinge ausgeben“. Wie der Haushalt zeigt, priorisieren wir in St. Georgen seit jeher nach Dringlichkeit – nicht danach, wer am lautesten schreit.

Diejenigen, die hier anonym Stimmung machen, glänzen mit Falschdarstellungen – aus Unwissenheit oder, wahrscheinlicher, aus Böswilligkeit. Das ist leider modern, aber ist natürlich das Gegenteil von Einsatz für unser Gemeinwesen. Zum guten Glück gibt es in unserer Stadt aber viel mehr Menschen, die sich für die Allgemeinheit engagieren, sei es im sozialen Bereich, in Vereinen oder in anderen Ehrenämtern. All denen sei an dieser Stelle ausdrücklich gedankt. Bedanken möchten wir uns auch beim Land-Baden-Württemberg und dem Bund für die gewährten Zuschüsse. Ohne diese Unterstützung wären viele Vorhaben nicht möglich. Beim Bund möchten wir uns noch besonders für das Sondervermögen Kommunen bedanken. Es wird uns in den nächsten Jahren erheblich helfen unsere Infrastruktur weiter zu verbessern.

Allerdings sind Zuschüsse kein Ersatz dafür die finanzielle Ausstattung der Kommunen auf sicherere Beine als heute zu stellen. Es kann nicht sein, dass die dem Bürger am nächsten stehende Ebene der staatlichen Verwaltung, nur das, was durch Bund und Land für zuschusswürdig erklärt wird noch leisten kann und dafür jeweils noch umfangreiche Anträge schreiben muss. Mehr Vertrauen in die Kommunen und Ersatz von Einzelprogrammen zugunsten einer Erhöhung der allgemeinen und frei ver-

wendbaren Zuschüsse wären hier das erste Gebot. Weitere Vorschläge haben Städte- Gemeinde- und Landkreistag bereits gemacht. Diese sollten umgesetzt werden.

Die SPD – Fraktion möchte zusätzlich zu den bisher eingestellten Maßnahmen noch eine Planungsrate von 5000€ für ein Konzept „Orte des Gedenkens“ und die Aufstockung der Verfügungsmittel für die Ortsteile auf den Betrag von 2025 beantragen, insgesamt 6300€ mehr.

Wir schlagen statt der geplanten Kürzung vor, mit den Ortschaftsräten Briegach und Peterzell zu besprechen, wann und wieviel der Mittel, z.B. für bereits fest eingeplante größere Anschaffungen, jeweils ins Folgejahr übertragen werden können. Wenn eine Minderausgabe jeweils eine Kürzung im Folgejahr bedingen würde, führt das zu einem Druck das Geld unbedingt jedes Jahr auszugeben. Das möchten wir gerne vermeiden. Zum Schluss möchten wir uns bei allen Mitarbeiter*innen der Stadt für Ihren Einsatz im ganzen vergangenen Jahr bedanken. Es ist uns wohl bewusst, dass wir Sie mit unseren Vorhaben immer wieder erheblich herausfordern und Sie dürfen versichert sein, dass wir Ihr Engagement sehen und sehr zu schätzen wissen.

Von unserer Seite können wir aber wohl keine Besserung versprechen.

Ein besonderer Dank an den Bauhof für die wieder sehr gelungene Weihnachtsdekoration unserer Stadt. Wobei mein Herz immer noch an einer Dekoration der lebenden Bäume an unseren Straßen und vor allem auf dem Marktplatz hängen würde. Dafür lieber weniger gefällte Bäume.

Euch im Rat ein Dankeschön für die vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit. Ihnen Herr Bürgermeister und Ihnen liebe Amtsleiter*innen ein Dankeschön für den offenen und vertrauensvollen Umgang miteinander, die gute Zusammenarbeit und Ihre Arbeit in einem erneut sehr schwierigen Jahr. In unseren Dank möchten wir auch in diesem Jahr ausdrücklich unsere Berater beim Rathausumbau Frau Wuerts, Herrn Pfaff und Herrn Sutter einschließen. Erneut durften wir eine hervorragende Betreuung bei der Rathausrenovierung erfahren.

Bleiben wir also alle zusammen stark und ich wünsche allen gute Gesundheit, ein schönes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch in das Jahr 2026. Vielen Dank.“

Stadtrat Bäsch spricht für die Fraktion der FDP.

„Sehr geehrter Herr Rieger, sehr geehrte Kollegen des Gemeinderats und des Jugendgemeinderats, sehr geehrte Zuhörer und Mitarbeiter der Verwaltung,

wie im letzten Jahr beim ersten Durchsehen des neuen Haushaltsentwurfs kam mir gleich wieder der Gedanke, wie sollen wir das alles bezahlen und wo führt das hin.

Dabei sollte man doch eigentlich mit dem Gedanken an die Sache herangehen, welche Chancen sich durch die kommenden Maßnahmen ergeben und welche positiven Entwicklungen wir dadurch anstoßen. Neben den reinen Verwaltungsaufgaben sind im kommenden Jahr Investitionen von über 23 Millionen Euro geplant, was für eine Stadt unserer Größe enorm ist. Diese Investitionen fließen fast ausschließlich in den Erhalt und Opti-

mierung der Infrastruktur, damit die Stadt auch den künftigen Aufgaben und Anforderungen gewachsen ist. Nichts Neues kommt hinzu, was uns mit zusätzlichen Folgekosten belasten würde.

Die stetig steigenden Aufwendungen und Investitionen stellen uns vor das gewaltige Problem, diese finanziell bewerkstelligen zu können. Nachdem wir trotz hoher Investitionen bis 2024 kontinuierlich den Schuldenstand verringern konnten und zumindest im Kernhaushalt ohne Kredite ausgekommen sind, wird sich dies nun deutlich drehen.

Immerhin können wir einen leichten Überschuss im Ergebnishaushalt erzielen, was keine Selbstverständlichkeit mehr ist. Das heißt, wir können auch die Abschreibungen erwirtschaften und im kommenden Jahr den Ressourcenverbrauch korrekt abdecken und die Generationengerechtigkeit, die damit erreicht werden soll, erfüllen. Somit sind wir hier zumindest noch in der Lage, die konsumtiven Ausgaben über unsere Einnahmen abzudecken. Die Investitionen werden wir zum Großteil über Kredite finanzieren, was die Haushalte und den finanziellen Spielraum in den kommenden Jahren deutlich einschränken wird.

Diese Entwicklung hat sich bereits seit vielen Jahren abgezeichnet. Mit dem integrierten Stadtentwicklungskonzept hat sich die Stadt St. Georgen einen Leitfaden gegeben, in welche Richtung sich die Stadt bis 2030 entwickeln soll. Allein hieraus war sehr bald klar, dass die Kosten für die Umsetzung eine große Herausforderung für die Stadt sein werden. Dennoch haben sich der Gemeinderat und die Verwaltung an die Umsetzung gemacht, da dies auch ausdrücklich der Wunsch der Bevölkerung war. Es wurden bereits große Projekte abgewickelt und andere Projekte sind in der Umsetzungsphase.

Die Revitalisierung und Sanierung der Innenstadt nimmt hier den größten und auch gemessen an den Kosten den Löwenanteil ein. Mit der Eröffnung des Marktplatzes und der darunter liegenden Tiefgarage haben wir im Frühjahr einen weiteren Meilenstein erfolgreich erreicht. Wie schon bei der Eröffnung des Roten Löwen im letzten Jahr war die Resonanz in der Bevölkerung überaus positiv und aner kennend. Viele Skeptiker konnten davon überzeugt werden, dass der neue Marktplatz eine enorme Verbesserung in der Aufenthaltsqualität darstellt und optisch sehr gelungen ist. Jetzt liegt es an der Bevölkerung, den Marktplatz mit Leben zu füllen und es sollten auch wieder mehr Veranstaltungen auf dem Platz stattfinden. Der Weihnachtsmarkt letzte Woche hat bereits bewiesen, dass der Platz für eine solche Veranstaltung sehr gut geeignet ist.

Quasi nahtlos wurde nun die letzte große Etappe der Innenstadtsanierung angegangen. Unser Rathaus wird saniert.

Um es gleich vorwegzunehmen. Wir bauen hier keinen Palast für einen König Michael sondern wollen das zentrale Gebäude unserer Stadt mit der Sanierung in ein hochmodernes und effizientes Gebäude umwandeln, das von der Bevölkerung gerne aufgesucht wird und den Mitarbeitern der Stadtverwaltung eine Arbeitsatmosphäre bietet, in der sie gerne tätig sind. Der Gemeinderat und die Verwaltung haben es sich bei der Entscheidung für die Sanierung des Rathauses wahrlich nicht leichtgemacht. Die jetzige Lösung ist ein überaus nachhaltiges Projekt, in dem wir auf einen Abriss und die Vernichtung guter Bausubstanz verzichtet haben. Durch das Energiekonzept mit den Solarmodulen an der Fassade, haben wir uns vielleicht nicht zur momentan kostengünstigsten Lösung entscheiden. Dafür können

die Betriebskosten in den kommenden Jahrzehnten deutlich gesenkt werden und wir leisten einen wichtigen Beitrag zur Energiewende. Das wir hier auf dem richtigen Weg sind, zeigen auch die hohen Förderungen, die wir für dieses Projekt erhalten. Auch in den übergeordneten Behörden hat man durchaus erkannt, dass wir hier eine Sanierung mit Modellcharakter durchführen.

Den Heckenschützen, die aus der Anonymität heraus dieses und weitere Projekte ohne jeden konstruktiven Vorschlag schlecht reden und insbesondere unseren Bürgermeister attackieren, sei gesagt, dass letztendlich immer der Gemeinderat mit seinen Beschlüssen die Entscheidungen fasst. Dieser besteht aus 22 weiteren Mitgliedern, die durchaus in der Lage sind, eigene Entscheidungen zu treffen und auch dazu zu stehen. Niemand hat etwas gegen sachliche und konstruktive Kritik in einem zivilisierten Ton. Und wir sind uns auch durchaus bewusst, dass wir es bei über 13.000 Bewohnern nie schaffen werden, dass alle unsere Entscheidungen gutheißen.

Ein wichtiger Baustein in unserem kommunalen Gefüge sind die Schulen, die zum großen Teil ebenfalls in die Jahre gekommen sind. Nachdem die Robert-Gerwig-Schule bereits vor ca. 15 Jahren energetisch saniert wurde, haben wir nun ein weiteres Paket geschnürt, das die Schule fit für die Zukunft machen wird und der Stadt über 8 Millionen Euro wert ist. In Zusammenarbeit mit der Schule wurde ein Konzept entwickelt, das den Raumbedarf abdeckt und die Barrierefreiheit gewährleistet. Zudem wird die komplette Elektroinstallation erneuert und der Brandschutz optimiert. Mit der Verlegung der Stadtbibliothek zurück in das neu sanierte Rathaus wird nicht nur Abhilfe in der Raumnot der Schule geschaffen, sondern wir bekommen mit der neuen Stadtbibliothek einen tollen Wohlfühlraum, an dem die Bevölkerung viel Freude haben wird.

Auch in den anderen Schulen wird kontinuierlich investiert, sei es die Elektroinstallation in der Rupertsbergschule oder die Digitalisierung der Schulen, die durch den Digitalpakt entschieden vorangetrieben werden konnte.

Neben den gut sichtbaren Baustellen im Hochbau vergraben wir ebenfalls viele Millionen unter der Erde. Die Wasser- und Abwasserversorgung ist ein wichtiger Baustein in der öffentlichen Daseinsvorsorge und mit einem enormen Aufwand verbunden. In diesem Bereich stehen in den kommenden Jahren viele Investitionen an, die man zwar auf den ersten Blick nicht sieht, aber für das tägliche Leben unverzichtbar sind. Wenn ich es gerade von der öffentlichen Daseinsvorsorge habe, will ich noch ein paar Worte zur Breitbandversorgung verlieren. Nachdem die großen Kommunikationskonzerne den ländlichen Raum als nicht lukrativ genug angesehen haben, hat der Landkreis vor einigen Jahren den Zweckverband Breitbandversorgung gegründet und die Sache selbst in die Hand genommen. Hier wurde in den vergangenen Jahren enormes geleistet und erreicht und wir sind in St. Georgen bald flächendeckend versorgt, insbesondere in den bisher schlecht versorgten Außenbezirken. Trotz der hervorragenden Arbeit des Zweckverbandes insbesondere bei der Generierung von Fördermitteln, müssen wir in diesem Bereich viel Geld über die Stadtwerke zur Verfügung stellen, das über die Nutzungsgebühren noch sehr überschaubar und auch über sehr einen langen Zeitraum zumindest teilweise wieder zurückfließt. Dennoch war dies die richtige Entscheidung, um den Standort so-

wohl für die Bevölkerung als auch für die Wirtschaft attraktiv zu halten. Ein kleines Aufregerthema ist für mich die Ganztagesbetreuung für Grundschulkindern, für die ab dem kommenden Schuljahr ein Rechtsanspruch besteht. Mir geht es hier nicht um den Anspruch an sich und die bestimmten guten Gründe, warum diese Betreuung künftig angeboten wird. Mir geht es vielmehr um die Handhabung und Finanzierung des Vorhabens. Das Gesetz wurde vom Bund im Oktober 2021 verabschiedet. Vier Jahre später und ein Dreivierteljahr vor Inkrafttreten des Gesetzes haben die Kommunen immer noch keine verbindlichen Zusagen über die Höhe der Förderungen und den Verteilschlüssel. Wir sollen nun also eine Leistung ausschreiben, von der wir noch nicht einmal genau wissen, wie diese aussehen soll und zu welchem Verteilschlüssel diese vergütet wird. Ganz abgesehen von der Unsicherheit, die hier entsteht, muss die Verwaltung viel Zeit und Arbeit investieren, um sich die notwendigen Informationen zu besorgen. Das geht auch besser. Bezüglich der Finanzierung haben wir nun immerhin eine Zusage über einen Großteil der Kosten, die in einigen Jahren dann 100% betragen soll. Besser spät als nie hat sich hier tatsächlich jemand an das Konnexitätsprinzip erinnert, also den Grundsatz im deutschen Föderalismus, der besagt, dass derjenige bezahlt, der bestellt. Dies ist Artikel 71 der Landesverfassung von Baden-Württemberg auch so geregelt, aber laut dem Gemeindegatspräsident Kehle „löchrig wie ein Schweizer Käse“ und dringend reformbedürftig.

Von der Projektgruppe das Dritte Reich und Wir wurde das Anliegen an die Stadt herangebracht, einen Ort des Gedenkens in St. Georgen zu schaffen. Um das Projekt umzusetzen wurde die Bitte geäußert, dieses Ansinnen durch die Stadt finanziell zu unterstützen. Diesem Antrag wird unsere Fraktion gerne unterstützen.

Wie immer an dieser Stelle, möchte ich allen Mitarbeitern der Stadt und den Kollegen aus dem Gremium für Ihr Engagement und die gute Zusammenarbeit im vergangenen Jahr danken. An der Vielzahl der erfolgreich durchgeführten Projekte und der schon auf den Weg gebrachten Maßnahmen kann man gut erkennen, dass sich ein respektvolles und an der Sache orientiertes Arbeiten für alle Seiten auszahlt.

Mein großer Wunsch ist daher, dass diese Art der Zusammenarbeit auch im kommenden Jahr beibehalten wird.

Ich wünsche allen Bürgern ein schönes Weihnachtsfest und ein gutes Jahr 2026.

Jochen Bäsch“

Stadtrat Schmider spricht für die Fraktion der Grünen Liste.

Haushaltsrede der Fraktion Grüne Liste zum Haushalt 2026

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Bürgerinnen und Bürger, wir beraten heute einen Haushalt, der in einer Zeit großer Unsicherheit aufgestellt wurde. Die Rede des Bürgermeisters hat die Ausgangslage umfassend beschrieben: wirtschaftlicher Druck, steigende Erwartungen, begrenzte Mittel. Auch der Vorbericht zum Haushaltsentwurf macht deutlich, dass die Kommunalfinanzen unter enormem Stress stehen – sinkende

Einnahmen, wachsende Pflichtaufgaben, steigende Personalkosten und Investitionsbedarf in fast allen Bereichen.

Verbesserungen durch die Änderungen

Trotz dieser Lage ist es gelungen, den Ergebnishaushalt auszugleichen. Nach den letzten Anpassungen weist er sogar ein positives ordentliches Ergebnis von 133.522 € aus – statt eines Fehlbetrags von über einer Million Euro.

Die Verbesserung ist das Ergebnis von:

- Reduzierung der Kreisumlage *um rund 223.700 €*
- Kürzungen bei Sachkostenbeiträgen und Unterhaltung
- Mehreinnahmen und Zuschüsse, z. B. für Schulsozialarbeit und beim Finanzausgleich oder auch durch die Erhöhung der Vergnügungssteuer

Das ist ein starkes Signal für die Handlungsfähigkeit unserer Stadt.

Gleichzeitig stehen wir vor Investitionen von rund 24,6 Mio. €, finanziert durch eine Kreditaufnahme von 12,4 Mio. €, was die Pro-Kopf-Verschuldung deutlich erhöht. Wir investieren in Schulen, Kindergärten, Infrastruktur und Stadtsanierung – alles wichtige Projekte für die Zukunft.

Unterstützung durch das Sondervermögen Infrastruktur

Die großen Investitionen – wie die Sanierung der Robert-Gerwig-Schule (*über 5,5 Mio. €*) und die Rathaussanierung (*rund 9,8 Mio. €*) – wurden unabhängig vom Sondervermögen geplant und beschlossen. Das Sondervermögen sorgt jedoch für wichtige Unterstützung, indem es die Finanzierung erleichtert und die Belastung des kommunalen Haushalts reduziert. Die grün geführte Landesregierung in Baden-Württemberg sorgt für eine unbürokratische und schnelle Weiterleitung dieser Mittel, sodass wir Planungssicherheit haben und Projekte nicht verzögert werden. Das ist ein starkes Zeichen für eine pragmatische Förderpolitik, die Kommunen in schwierigen Zeiten handlungsfähig hält.

Klimaschutz und Klimaanpassung – Anspruch und Wirklichkeit

Doch bei aller Anerkennung für die solide Haushaltsplanung müssen wir kritisch fragen: Wo bleibt die strategische Antwort auf die Klimakrise?

Die Haushaltsrede des Bürgermeisters hat viele Themen angesprochen – von Infrastruktur über Digitalisierung bis hin zu Lebensqualität. Aber Klimaschutz und Klimaanpassung kamen nur am Rande vor. Dabei sind sie die zentralen Zukunftsfragen.

Im Haushalt finden sich einige Maßnahmen:

- LED-Umrüstung der Straßenbeleuchtung (*Förderung: 155.100 €*)
- Optimierung der Abwasseraufbereitung (*1,3 Mio. €*)
- Retentionsbodenfilter Rötzenwiesen (*1,621 Mio. €*)

Diese Projekte sind wichtig, aber sie sind vor allem technische Infrastrukturmaßnahmen. Sie ersetzen kein umfassendes Konzept für Klimaanpassung und Naturschutz. Es fehlt eine klare Strategie, die alle Bereiche der Stadtentwicklung einbezieht – von der Stadtplanung über die Energieversorgung bis hin zur Biodiversität.

Naturschutz – ein Randthema statt Priorität

Wir sehen keine klaren Ansätze für z.B.:

- den Erhalt von Habitatbäumen,

- die Förderung von Biodiversität durch Blühflächen,
- die Schaffung von Lebensraum für Tiere und Pflanzen durch ein Grünes Wegenetz.

Fehlende Klimaanpassungsstrategie

Was uns besonders fehlt, ist ein kommunales Klimaanpassungskonzept. Klimawandelanpassung muss als eine Pflichtaufgabe angesehen werden:

- Hitzevorsorge in der Innenstadt
- Starkregenschutz über technische Lösungen hinaus
- Entsiegelung
- Regenwassermanagement
- und die Integration von Grünflächen in die Stadtplanung.

Ohne ein klares Konzept bleiben Einzelmaßnahmen Stückwerk.

Klimapolitik ist Politik für alle, damit auch unsere Kinder und Enkel, damit jede Generation eine Zukunft hat.

Sie sollte nicht fehlenden personellen Kapazitäten zum Opfer fallen.

Fazit

Der Haushalt 2026 ist solide, aber er ist kein Klimahaushalt. Wenn wir jetzt nicht handeln, zahlen wir später den Preis – ökologisch, wirtschaftlich und sozial. Die Grüne Liste steht für eine klare Priorität: Klima-, Natur- und Anpassungsmaßnahmen müssen ins Zentrum unserer Politik.

Vielen Dank.“

Stadtrat Schwarz bedankt sich bei allen für die gute Zusammenarbeit und wünscht für das Jahr 2026 alles Gute.

Bürgermeister Rieger weist darauf hin, dass vom Bund 7,7 Mio. Euro Investitionsunterstützung für St. Georgen abgerufen werden könnten. Es sei noch nicht ganz klar gewesen, zu welchem Zeitpunkt das Geld ausbezahlt werde. Aktuell gebe es die Information, dass das Geld vorab bereits abgerufen werden könne. Es solle für die Sanierung der Robert-Gerwig-Schule eingesetzt werden. Durch weitere Förderungen im Bereich Sportbau für die Sporthalle könne so die Aufnahme des Kredits verringert werden. Das restliche Geld werde für die Sanierung weiterer Schulgebäude benötigt.

Kämmerin Amann gibt die nachträglichen Änderungen bekannt.

Einnahmen Ergebnishaushalt	41.948.352
Vergnügungssteuer	170.000
Kindergartenlastenausgleich	-346.200
Schulsozialarbeit	25.000
Sonderposten	-78.100
Abwassergebühren	489.998
Sachkostenbeiträge aktuelle Schülerzahlen	-180.700
Umlage KVBW	209.000
Schlüsselzuweisung FAG	462.800
Zuschuss Umbau Bushaltestelle	-100.000
Gesamt	42.600.150
Ausgaben Ergebnishaushalt	43.033.630

Abschreibung	304.600
Schulmittel Kürzung und aktuelle Schülerzahlen	-65.400
Kreisumlage 34,5 statt 35,5	-223.700
Unterhaltung Ortsstraßen	-100.000
Unterhaltung Feldwege	-50.000
Umbau Bushaltestelle jetzt Neubau	-420.000
Zuschuss Stadtlinienverkehr	30.000
Verfüungsmittel Brigach und Peterzell	5.300
Bergstadtsommer	5.000
3. Reich und wir Ort des Gedenkens	5.000
Gesamt	42.524.430
Einnahmen Finanzhaushalt	9.757.450
Gesamt	9.757.450
Ausgaben Finanzhaushalt	23.981.400
RGS Schuletat veränderte Schülerzahl	-300
Stützmauer Sanierung Brücke	200.000
Neubau Bushaltestelle	425.000
Software Kassenautomat	35.000
Feuerwehr Planungsrate statt Baukosten	-500.000
Gesamt	24.141.100
Verpflichtungsermächtigung Robert-Gerwig-Schule	2.660.000
Veränderungen Gesamt	-1.001.298

Bürgermeister Rieger lässt über die eingegangen zusätzlichen Anträge abstimmen.

1. Zuschuss an die Veranstaltung „Bergstadtsommer“ in Höhe von 5.000 Euro
Beschluss: 21 Ja-Stimmen
2. Zuschuss für die Gestaltung der „Orte des Gedenkens“ in Höhe von 5.000 Euro
Beschluss: 21 Ja-Stimmen
3. Beibehaltung der Verfügungsmittel für die Ortschaften auf dem Stand des Jahres von 2025
Beschluss: 20 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung

Beschluss:

Auf Grund von § 79 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg hat der Gemeinderat am 10.12.2025 die folgende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2026 beschlossen:

§ 1 Ergebnishaushalt und Finanzhaushalt

Der Haushaltsplan wird festgesetzt

1. im **Ergebnishaushalt** mit den folgenden Beträgen

EUR

1.1 Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge von	42.600.150
1.2 Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen von	42.524.430
1.3 Veranschlagtes ordentliches Ergebnis (Saldo aus 1.1 und 1.2) von	75.720
1.4 Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge von	78.500
1.5 Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen von	224.400
1.6 Veranschlagtes Sonderergebnis (Saldo aus 1.4 und 1.5) von	-145.900
1.7 Veranschlagtes Gesamtergebnis (Summe aus 1.3 und 1.6) von	-70.180

2. im **Finanzhaushalt** mit den folgenden Beträgen

2.1 Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von	41.521.650
2.2 Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von	39.086.830
2.3 Zahlungsmittelüberschuss / -bedarf des Ergebnishaushalts (Saldo aus 2.1 und 2.2) von	2.434.820
2.4 Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit von	9.757.450
2.5 Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit von	24.141.100
2.6 Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss / -bedarf aus Investitionstätigkeit (Saldo aus 2.4 und 2.5) von	-14.383.650
2.7 Veranschlagter Finanzierungsüberschuss / -bedarf (Saldo aus 2.3 und 2.6) von	-11.948.830
2.8 Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit von	11.000.000
2.9 Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit von	570.200
2.10 Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss / -bedarf aus Finanzierungstätigkeit (Saldo aus 2.8 und 2.9) von	10.429.800
2.11 Veranschlagte Änderung des Finanzierungsmittelbestands, Saldo des Finanzhaushalts (Saldo aus 2.7 und 2.10) von	-1.519.030

§ 2 Kreditermächtigung

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung)

wird festgesetzt auf	11.000.000	EUR,
davon für die Ablösung von inneren Darlehen		0 EUR,

§ 3 Verpflichtungsermächtigungen

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen, die künftige Haushaltsjahre mit Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen belasten (Verpflichtungsermächtigungen), wird festgesetzt auf 17.165.178 EUR,

§ 4 Kassenkredite

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt auf 4.000.000 EUR.

§ 5 Steuersätze (nachrichtlich)

Die Steuersätze (Hebesätze) werden festgesetzt

- | | | |
|---|-----|------|
| 1. für die Grundsteuer | | |
| a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) | | |
| auf | 500 | v.H. |
| b) für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf der Steuermessbeträge; | 510 | v.H. |
| 2. für die Gewerbesteuer auf der Steuermessbeträge. | 340 | v.H. |

§ 6 Stellenplan

Der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2026 ist Bestandteil der Haushaltssatzung.

§ 7 Finanzplanung

Die mittelfristige Finanzplanung für die Jahre 2027 – 2029 einschl. Investitionsprogramm ist Bestandteil dieser Haushaltssatzung.

§ 8 Bürgergenussauflage

Die Bürgergenussauflage für jedes Genusslos wird festgesetzt auf 12,05 EUR

Der Haushaltssatzung wird bei einer Enthaltung und 20 Ja-Stimmen zugestimmt.

Feststellung des Wirtschaftsplans des Eigenbetrieb Stadtwerke St. Georgen für das Wirtschaftsjahr 2026

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung vom 10.12.2025 aufgrund der §§ 12 ff. des EigBG sowie der §§ 1 ff. der EigBVO-HGB in Verbindung mit den §§ 86, 87, 88 und 96 der Gemeindeordnung den Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2026 wie folgt festgestellt.

Festgesetzt wurden:

1.	Im Erfolgsplan	
	die Erträge mit	2.595.000 €
	die Aufwendungen mit	3.118.000 €
	das Jahresergebnis (Verlust) mit	-523.000 €
2.	Im Liquiditätsplan	
	a) die Einzahlungen aus lfd. Geschäftstätigkeit mit	2.595.000 €
	die Auszahlungen aus lfd. Geschäftstätigkeit mit	1.918.000 €
	der Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus laufender Geschäftstätigkeit mit	677.000 €
	b) die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit mit	0 €
	die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit mit	6.720.000 €
	der Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit mit	-6.720.000 €
	c) der Saldo aus a) und b) als Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf mit	-6.043.000 €
	d) die Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit mit	7.119.000 €
	die Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit mit	1.076.000 €
	der Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus Finanzierungstätigkeit mit	6.043.000 €
	e) der Saldo aus c) und d) als Saldo des Liquiditätsplans mit	0 €
3.	Der Gesamtbetrag	
	a) der vorgesehenen Kreditaufnahmen (Kreditermächtigung)	5.960.000 €
	b) der vorgesehenen Verpflichtungsermächtigungen mit	4.310.000 €
4.	Der Höchstbetrag der Kassenkredite mit	600.000 €

St. Georgen im Schwarzwald, den 10.12.2025

Michael Rieger
Bürgermeister

Dem Wirtschaftsplan stimmt der Gemeinderat einstimmig zu.

13 Anfragen aus dem Gremium

Protokoll:

Stadtrat Bäsch fragt nach, wann die Sommerauer Straße wieder geöffnet werde.

Stadtbaumeister Tröndle antwortet, es müssten noch wenige Restarbeiten erledigt werden, dies solle nächste Woche geschehen. Im Anschluss sollte die Straße wieder freigegeben werden.

Für die Richtigkeit:

Der Vorsitzende:

Die Mitglieder:

Der Schriftführer:

St. Georgen, 3. März 2026